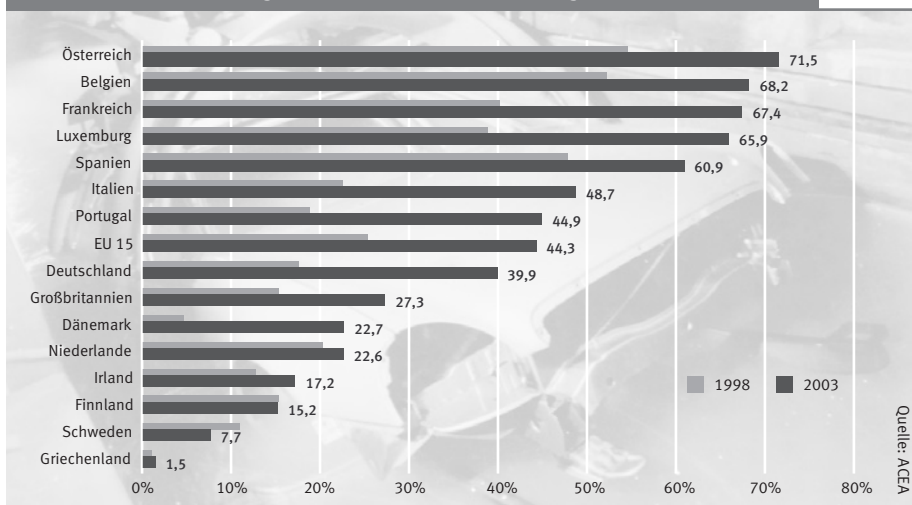


Europas Automobilindustrie steht vor einer strategischen Herausforderung

In Europa gibt es eine der weltweit führenden Automobilindustrien. Ihre technologische Leistungsfähigkeit bestimmt maßgeblich, ob sie verglichen mit der amerikanischen und japanischen Automobilindustrie auch in Zukunft konkurrenzfähig ist. Dass hier neue Antriebstechniken eine zentrale Rolle spielen, zeigt eine Studie zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie, die das ZEW für die Europäische Kommission durchgeführt hat.

Die Positionierung der europäischen Automobilindustrie im globalen Wettbewerb ist untrennbar mit ihrer technologischen Leistungsfähigkeit verbunden. Zentrale Bedeutung kommt dabei neuen Antriebstechniken zu. Wurde die natürlich begrenzte Verfügbarkeit fossiler Brennstoffe bislang eher als langfristiger Innovationsimpuls für alternative Motorenkonzepte verstanden, so haben die gegenwärtigen Preisanstiege auf dem Weltmarkt für Rohöl diesen Innovationswettbewerb erheblich verschärft. Angesichts der spürbar gestiegenen Treibstoffkosten und einem unverändert hohen Bedürfnis nach privater und geschäftlicher Mobilität beginnen die Automobilkunden weltweit, Energie sparende Fahrzeuge einzufordern. Für die international erfolgreiche europäische Automobilindustrie stellt diese Entwicklung eine besondere Herausforderung dar, da ihnen ihr Heimatmarkt und ihr wichtigster Exportmarkt, die USA, wider-

Anteil von Dieselfahrzeugen an allen PKW-Neuzulassungen 1998 und 2003



Die Automobilindustrie ist mit einem Anteil von rund sechs Prozent der gesamten Beschäftigung und sieben Prozent des gesamten Outputs der verarbeitenden Industrie in Europa eine bedeutende Triebfeder der europäischen Wirtschaft. In absoluten Zahlen ausgedrückt, erzielt die europäische Automobilindustrie mit 1,9 Millionen Beschäftigten eine jährliche Wertschöpfung von 114 Milliarden Euro. Die US-Autoindustrie produziert ungefähr das gleiche Volumen, doch die amerikanischen Beschäftigungszahlen machen nur 60 Prozent des

europäischen Niveaus aus und weisen damit auf eine deutlich höhere Arbeitsproduktivität pro Arbeitnehmer hin. In Japan beträgt das Fahrzeugproduktionsvolumen rund 65 Prozent des Werts der EU-15 oder der USA; mit nur 56 Prozent des US-Beschäftigungsniveaus ist die Arbeitsproduktivität in der japanischen Industrie indessen sogar noch höher als in den USA. Die europäische Automobilindustrie holt bei der Produktivität allerdings seit den frühen 1990er Jahren gegenüber den USA und Japan kontinuierlich auf.

IN DIESER AUSGABE

Europas Automobilindustrie steht vor einer strategischen Herausforderung	1
Heimische Anbieter beim Outsourcing von IT-Dienstleistungen bevorzugt	3
Venture Capital und Private Equity: der Markt in Nordrhein-Westfalen	4
Wirtschaftspolitik aus erster Hand	5
ZEW intern	2, 6
Expertenseminare; Neuerscheinungen	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

sprüchliche Signale dazu senden, welche technologische Lösung sich mittelfristig durchsetzen wird.

Unter den Experten besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass langfristig Autos auf Wasserstoffbasis betrieben werden. Allerdings ist der kommerziell sinnvolle, flächendeckende Einsatz dieser Technologie allenfalls in der nächsten Dekade realistisch. Daraus entsteht automatisch das Bedürfnis nach einer robusten, Benzin sparenden Übergangslösung. In Europa scheint diese Entschei-

dung für den Dieselantrieb gefallen zu sein. In Deutschland wie auch im europäischen Schnitt (EU-15) fahren ungefähr vier von zehn Neuzulassungen bereits mit Diesel, in Österreich sind es sogar sieben von zehn (siehe Grafik Seite 1).

Demgegenüber liegt der Dieselanteil in den USA bei nur 0,2 Prozent. Als Folge niedriger gesetzlicher Mindeststandards wird Dieseltreibstoff dort in relativ schlechter Qualität angeboten, hinzu kommt die fehlende Tankstellen-Infrastruktur. Angesichts dieser Defizite für

Diesel beginnen sich auf dem amerikanischen Markt Hybridfahrzeuge als Benzin sparende Alternative durchzusetzen. Sie kombinieren einen herkömmlichen Benzin- mit einem Elektromotor. Dies macht sie den Dieselfahrzeugen im Verbrauch zwar nicht überlegen. Allerdings sind die vorhandene Tankstellen-Infrastruktur und die starken Einsparungen beim Benzin in Relation zu Standardmodellen die großen Pluspunkte dieses Konzepts.

Die europäische Automobilindustrie steht also vor der strategischen Herausforderung, ob sie ihre Forschungsaktivitäten auf Stärken im Dieselmotor konzentrieren soll oder stattdessen versucht, den Rückstand im Hybridsektor zu verkürzen. Angesichts der Bedeutung, die der US-Markt insbesondere für die meisten europäischen Premium-Anbieter hat, und den kaum überwindbaren Defiziten der Infrastruktur bei Diesel ist eine Abkehr von der Hybrid-Technologie nicht realistisch. Andererseits sprechen die Verkaufsrelationen eine klare Sprache: Während das Institut B&D-Forecast erst für 2015 drei Millionen verkaufte Hybridfahrzeuge für die USA prognostiziert, wurden 2003 alleine in der EU-15 fast 14 Millionen Dieselfahrzeuge abgesetzt.

Im Ergebnis ist für die europäische Automobilindustrie eine ausgewogene Innovationsstrategie notwendig. Sie bedeutet für einige Anbieter möglicherweise, dass die Hybrid-Option nur herstellerübergreifend oder durch Lizenzierung gewahrt werden kann, da die Forschung in andere Treibstoff-Einsparpotenziale (beispielsweise Zylinderabschaltung) nicht vernachlässigt werden darf. Langfristig wird die Frage nach dem optimalen Energie sparenden Antriebsmodus erheblich von der Infrastruktur und der Nachfrage im rasant wachsenden chinesischen Markt abhängig sein. Gegenwärtig geht es für die europäische Automobilindustrie um die Wahrung technischer und somit strategischer Optionen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Europas Automobilindustrie für die Zukunft sichern.

*Oliver Heneric, heneric@zew.de
Wolfgang Sofka, sofka@zew.de*

ZEW INTERN

Neue Mitglieder im Aufsichtsrat des ZEW

In der ersten Aufsichtsratssitzung des ZEW in diesem Jahr wurde Prof. Dr. Dr. h.c. Jürgen Strube, Präsident der Union of Industrial and Employers' Confederations of Europe (UNICE) und Vorsitzender des Aufsichtsrats der BASF Aktiengesellschaft, zum stellvertretenden Vorsitzenden des ZEW-Aufsichtsrats gewählt. Als neue Mitglieder wurden in den ZEW-Aufsichtsrat berufen: Rezzo Schlauch MdB, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Theo Spettmann, Vorstandssprecher der Südzucker AG Mannheim/Och-

senfurt, und Norbert Schmitt, Finanzministerium Baden-Württemberg.

Schlauch und Spettmann übernehmen die beiden neuen Mandate, um die der Aufsichtsrat des ZEW nach der Aufnahme des Instituts in die gemeinsame Bund-Länder-Förderung („Leibniz-Gemeinschaft“) zum 1.1.2005 erweitert wurde. Schmitt ist Nachfolger von Hans-Martin Scheschonka, der als Vertreter des Finanzministeriums Baden-Württemberg dem ZEW-Aufsichtsrat viele Jahre angehörte und Ende vergangenen Jahres in Ruhestand ging.

Dr. Friedrich Heinemann neuer Forschungsbereichsleiter am ZEW

Dr. Friedrich Heinemann (40) ist mit Wirkung zum 21. Februar 2005 zum Leiter des Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“ am ZEW berufen worden. Weiterhin ist er für die Koordination der Querschnittsgruppe „Wachstums- und Konjunkturanalyse“ des ZEW zuständig.

Heinemann studierte Volkswirtschaftslehre und Geschichte an der Universität Münster, der London School of Economics und der Universität Mannheim. 1991 wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter im

ZEW-Forschungsbereich „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“. 1995 folgte die Promotion an der Universität Mannheim. Sein Forschungsinteresse gilt derzeit insbesondere der Fiskalpolitik in der EU, den Bestimmungsgründen struktureller Reformen sowie den Determinanten des Wirtschaftswachstums. Heinemann ist Vorstandsmitglied des Arbeitskreises Europäische Integration, Berlin, sowie Mitglied des Wissenschaftlichen Direktoriums des Instituts für Europäische Politik (IEP), Berlin.

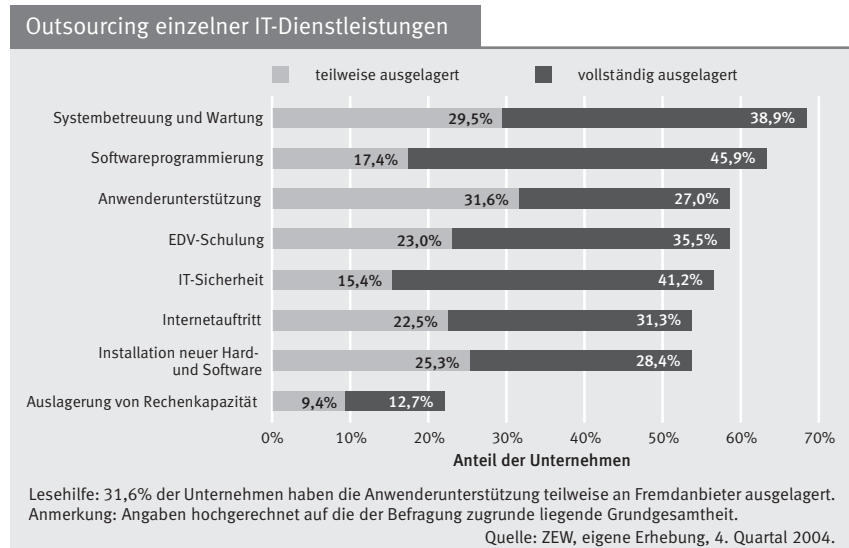
FORSCHUNGSERGEBNISSE

Heimische Anbieter beim Outsourcing von IT-Dienstleistungen bevorzugt

Die Mehrheit der Unternehmen in Deutschland hat IT-Dienstleistungen ausgelagert. Hierbei bevorzugen sie heimische Anbieter. Große Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 500 Mitarbeitern greifen in größerem Umfang auch auf ausländische Anbieter zurück. Dies zeigt eine repräsentative Befragung von rund 4.440 Unternehmen mit fünf und mehr Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe und ausgewählten Dienstleistungsbranchen, die das ZEW mit finanzieller Unterstützung der Landesstiftung Baden-Württemberg im vierten Quartal 2004 durchführte.

Gut 87 Prozent der deutschen Unternehmen haben IT-Dienstleistungen wie Systembetreuung, Wartung der Hardware oder Softwareprogrammierung auf externe Anbieter verlagert (Outsourcing). Dabei wird die Möglichkeit, IT-Dienstleistungen in Länder mit niedrigerem Lohnniveau auszulagern (Offshoring), bisher eher wenig genutzt. So setzen 94 Prozent der deutschen Unternehmen, die IT-Dienstleistungen an externe Anbieter vergeben, voll auf Anbieter aus Deutschland und nur 6 Prozent arbeiten mit Partnern im Ausland zusammen. Vorreiter beim Offshoring sind vor allem große Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes mit mindestens 500 Mitarbeitern, von denen derzeit gut 18 Prozent auch mit ausländischen IT-Dienstleistern zusammenarbeiten. Der Anteil der Unternehmen insgesamt, die IT-Dienstleistungen auch von außerhalb der EU beziehen, ist mit deutlich unter einem Prozent bisher sehr gering.

Im verarbeitenden Gewerbe nehmen die Unternehmen der Chemiebranche mit gut 15 Prozent besonders häufig Offshore-Partner in Anspruch. Auch in der Elektrotechnik und dem Fahrzeugbau beziehen mit jeweils etwa 12 Prozent überdurchschnittlich viele Unternehmen IT-Dienstleistungen aus dem Ausland.



Eine Sonderstellung nimmt die EDV- und Telekommunikationsbranche ein, wo IT-Dienstleistungen in deutlich höherem Umfang selbst erstellt werden als im verarbeitenden Gewerbe und den anderen berücksichtigten Dienstleistungsbranchen. Werden IT-Dienstleistungen jedoch von Fremdfirmen eingekauft, setzen bereits 15 Prozent der Unternehmen auch auf Partner aus dem Ausland.

IT-Dienstleistungen unterschiedlich vom Outsourcing betroffen

Die ZEW-Befragung zeigt weiter, dass die einzelnen IT-Dienstleistungen unterschiedlich stark von Outsourcing betroffen sind. So haben gut zwei Drittel der Unternehmen Systembetreuung und Wartung von Hardware teilweise oder vollständig an externe Anbieter ausgelagert und gut 63 Prozent die Programmierung von Software. Jeweils mehr als die Hälfte der Unternehmen vertraut in den Bereichen Anwenderunterstützung, EDV-Schulung und IT-Sicherheit auf die Hilfe von externen Partnern. Auch der Internetauftritt sowie die Installation neuer Hard- und Software werden von gut der Hälfte der Unternehmen in fremde Hän-

de gelegt. Die Möglichkeit der Auslagerung von Rechenkapazität wird dagegen bislang nur von rund 22 Prozent der Unternehmen genutzt. Die Vorreiterposition in diesem Bereich nimmt der IT-intensive Bank- und Versicherungssektor ein, in dem bereits gut 41 Prozent der Unternehmen die Möglichkeit zum Outsourcing von Rechenkapazität nutzen.

Als Motiv für das Outsourcing von IT-Dienstleistungen wird am häufigsten der Wunsch nach Konzentration auf die Kernkompetenzen des eigenen Unternehmens angeführt (91 Prozent), gefolgt von den Argumenten, das eigene Unternehmen sei zu klein, um die Leistungen selbst erbringen zu können (84 Prozent), sowie der höheren Qualität der Leistungen bei Inanspruchnahme externer Anbieter (86 Prozent). Jeweils drei Viertel der Unternehmen, die IT-Dienstleistungen ausgelagert haben, führen Zeitmangel im eigenen Unternehmen und/oder die niedrigeren Kosten externer Anbieter an. Doch auch rechtliche Gründe (63 Prozent) oder Schwierigkeiten bei der Einstellung von Fachkräften (45 Prozent) können Gründe sein, IT-Leistungen durch Fremdfirmen bereitstellen zu lassen.

Julia Häring, haering@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Venture Capital und Private Equity: der Markt in Nordrhein-Westfalen

Das ZEW hat im Auftrag der NRW.Bank den Markt für Venture Capital und Beteiligungskapital für mittelständische Unternehmen in Nordrhein-Westfalen untersucht. Analysiert wurden sowohl das Angebot der Beteiligungskapitalgeber und die staatlichen Unterstützungsprogramme als auch die potenzielle Nachfrage nach Risikokapitalfinanzierungen.

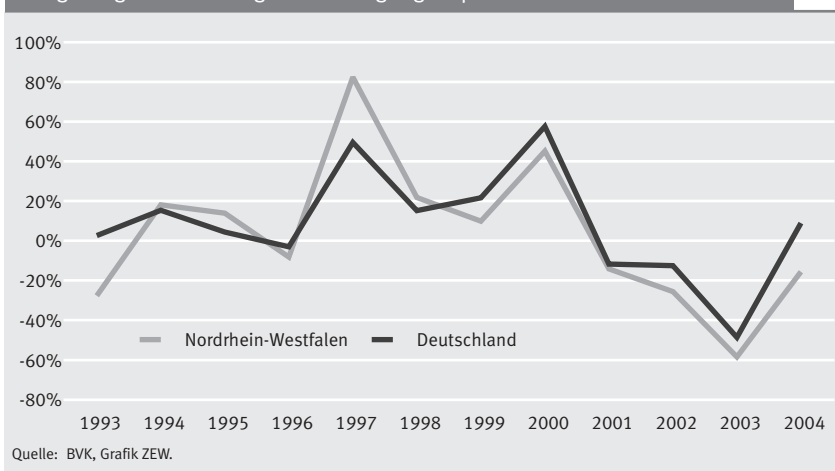
Nordrhein-Westfalen war vom Einbruch des Markts für Venture Capital (VC), der dem Platzen der Technologieblase an den Aktienmärkten folgte, stärker betroffen als andere große Bundesländer. Auch die im Sparkassensektor verfügbaren Mittel, die den größten Teil des regionalen VC-Angebots repräsentieren, wurden nicht vollständig investiert. Mögliche Gründe liegen in der gegenwärtigen generellen Zurückhaltung der Anbieter, ihrer Risikoaversion insbesondere bei Frühphaseninvestments, in zu geringen angestrebten Beteiligungsgrößen, in teilweise inadäquaten Rahmenbedingungen der staatlichen Förderung und auch im regionalen Mismatch von Angebot und Nachfrage.

Das Stärken-Schwächen-Profil der potenziellen VC-Nachfrage in Nordrhein-Westfalen deutet auf eine relativ zur Wirtschaftskraft unterdurchschnittliche Entwicklung der Nachfrage nach Expansionsfinanzierungen hin. So war im Vergleich zu den anderen industrieorientierten Flächenländern in Nordrhein-Westfalen die Gründungsdynamik schwächer. In der Spitzentechnologie, den technologieintensiven Dienstleistungen, in der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie der Biotechnologie erreichte das Land nur unterdurchschnittliche Werte; günstiger war die Lage lediglich in der Medizintechnik und in der hochwertigen Technologie. Die Insolvenzwahrscheinlichkeit junger Unternehmen lag etwas höher als im Durchschnitt Westdeutschlands. Auch das

Beschäftigungswachstum nach der Gründung blieb in den VC-nachfragenden Branchen meist etwas hinter dem westdeutschen Durchschnitt zurück. Die Zahl der Studierenden in technischen

Folgende Gesichtspunkte sprechen für eine hohe Nachfrage nach Beteiligungskapital im Mittelstand. Die Analysen auf Unternehmensebene deuten in Nordrhein-Westfalen wie in anderen

Langfristige Entwicklung mit Beteiligungskapital finanzierter Unternehmen



Fächern deutet zwar auf ein hohes Gründungspotenzial hin, allerdings zeigen andere Indikatoren, wie etwa die Zahl der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung und Patente, nur unterdurchschnittliche Werte.

Beteiligungskapital für den Mittelstand

Das Angebot an Beteiligungskapital für den Mittelstand ist vor allem im Bereich größerer mittelständischer Beteiligungen von 1 Million bis 10 Millionen Euro, die substanzielle, aber moderate Renditeaussichten aufweisen, eher gering. Diese Zielgruppe wurde bislang weder von den staatlichen Förderprogrammen und -institutionen noch von den etablierten Private-Equity-Gesellschaften vorrangig angesprochen. Bisher zielten nur vereinzelte Angebote auf diesen Markt. Im Gegensatz zum VC-Markt ist das Angebot der regional aktiven Kapitalgeber in Nordrhein-Westfalen weitgehend ausgeschöpft.

Bundesländern darauf hin, dass insbesondere innovierende kleine und mittlere Unternehmen mit Finanzierungsrestriktionen konfrontiert sind. Zudem kann von einem Potenzial von 80.000 bis 129.000 Unternehmen in Nordrhein-Westfalen ausgegangen werden, für die in den nächsten fünf Jahren eine Übergabe aus Altersgründen ansteht. Deutlich mehr als die Hälfte der größeren Mittelständler in der relevanten Altersgruppe stammen aus dem verarbeitenden Gewerbe, in dem der Finanzierungsbedarf aufgrund des hohen Sachkapitalstocks besonders groß sein dürfte. Schließlich wird die Beteiligungsfinanzierung künftig vor dem Hintergrund eines stärker risikoorientierten Kreditvergabebehaviorlens wichtiger.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der ZEW-Analysen hat die NRW.Bank einen Venture-Capital-Fonds und einen Fonds für Mittelstandsbeteiligungen aufgelegt. Die Untersuchungen im Internet: www.nrwbank.de

Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de

Schattenwirtschaft in Deutschland – Fluch oder Segen?

Am 8. März 2005 sprach Professor Dr. DDr. h.c. Friedrich Schneider von der Universität Linz im Rahmen der ZEW-Vortragsreihe Wirtschaftspolitik aus erster Hand zum Thema „Schattenwirtschaft in Deutschland: Fluch oder Segen?“.

Schneider, ein international anerkannter Experte auf dem Gebiet der Schattenwirtschaft, führte Schwarzarbeit im Wesentlichen auf drei Ursachen zurück. Zum einen habe die staatliche Regulierung und Abgabenbelastung in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Zum anderen käme eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit hinzu, die mehr Zeit für Schwarzarbeit ließen. Weiterhin habe ein Wertewandel in der Bevölkerung stattgefunden. Repräsentative Umfragen bei deutschen Haushalten hätten ergeben, dass Schwarzarbeit lediglich als Kavaliersdelikt betrachtet werde. Laut Schneider arbeiten zwischen 12 und 15 Millionen Menschen in Deutschland schwarz. Schwarzarbeit sei demnach ein „Massenphänomen“.

In Deutschland stellten das Bauhauptgewerbe und die Handwerksbetriebe mit etwa 38 Prozent oder einem Volumen von 131,6 Milliarden Euro den größten Anteil an der gesamten Schattenwirtschaft. Es folgten mit einem Anteil von je 17 Prozent (58,9 Milliarden Euro) andere Gewerbe- und Industriebetriebe etwa aus der Kfz-Branche sowie Dienstleistungsbetriebe wie Gaststätten. Der Anteil der Unterhaltungs- und Vergnügungsbranche liege bei 13 Prozent (45 Milliarden Euro), der der sonstigen Gewerbebetriebe und haushaltsnahen Dienstleistungen wie etwa Nachhilfe bei 15 Prozent (51,8 Milliarden Euro).

Inzwischen lasse sich auch in Deutschland – wie in anderen OECD-Ländern – ein Rückgang der Schattenwirtschaft beobachten. So werde der Wert der Schattenwirtschaft in Prozent des offiziellen Bruttoinlandsprodukts von 17,5



Professor Schneider bei seinem Vortrag am ZEW.

Prozent im Jahr 2003 auf 15,6 Prozent im Jahr 2005 sinken. Eine wesentliche Ursache für diese Trendwende sieht Schneider in der erweiterten Minijobregelung, durch die in den Jahren 2004 und 2005 der Schattenwirtschaft zwischen 15 und 20 Milliarden Euro entzogen werden dürften. Des Weiteren hätten auch die Gesetze zu Reformen am Arbeitsmarkt wie das Kündigungsschutzgesetz sowie die Neuregelung der Handwerksordnung und die 2004 durchgeführten Steuersenkungen zur Verringerung des Volumens der Schattenwirtschaft beigetragen.

Abbau der Schattenwirtschaft

Schneider warnte davor, Schwarzarbeit zu kriminalisieren. Durch sie gelangten gewaltige Beträge in die Hände der Verbraucher, die diese für Konsumzwecke verwendeten. Besser als Strafen zu verschärfen sei es deshalb, anreizorientierte Maßnahmen zu schaffen, um Tätigkeiten aus der Schattenwirtschaft in die offizielle Wirtschaft zu überführen. Schneider unterbreitete in diesem Zusammenhang vier Vorschläge.

So sollte nach Ansicht Schneiders die Wohnbauförderung nur noch auf den Faktor Arbeit gewährt werden, und zwar

auf die Differenz zwischen den ausbezahlten Löhnen und den brutto-brutto Arbeitskosten für den Arbeitnehmer. Dann käme ein Schwarzarbeiter den Bauherren nicht mehr deutlich billiger, und ein Teil des bisher schwarz erarbeiteten Volumens am Bau könnte in die offizielle Wirtschaft überführt werden. Schneider schlug weiterhin vor, die Mehrwertsteuer von 16 Prozent in Deutschland auf arbeitsintensive Leistungen befristet rückzuvergüten. Dieser Vorschlag könne bevorzugt auf Branchen, die von der hohen Abgabenlast besonders betroffen seien, angewendet werden (Altbausanierung oder Gaststättengewerbe). Schneider regte außerdem an, eine beschränkte steuerliche Absetzbarkeit von Leistungen im privaten Haushalt einzuführen. Nicht zuletzt sei es nach wie vor wichtig, die Lohnnebenkosten zu senken.

Für Schneider wird der Rückgang der Schattenwirtschaft nur dann zum Segen, wenn dadurch mehr offizielle Vollzeitarbeitsplätze entstehen und damit die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Entständen lediglich mehr Mini- oder Midijobs, sei dies ein Teilerfolg, der sich als Fluch für die Sozialkassen erweisen könne.

Katrin Voß, voss@zew.de

ZEW INTERN



Am 23. Februar 2005 besuchte eine Delegation des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, unter der Leitung seines Direktors, Prof. Dr. Michael Hüther (fünfter von links), das ZEW, um allfällige Kooperationsmöglichkeiten auszuloten. Die Delegation wurde von ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (vierter von links) begrüßt.
Foto: E. Dichiser

ZEW-Jahresbericht 2004 erschienen

Im Jahresbericht finden Sie eine Darstellung der Entwicklung des ZEW im abgelaufenen Geschäftsjahr, der Arbeitsschwerpunkte der Forschungs- und Servicebereiche sowie Berichte über aktuell bearbeitete und abgeschlossene Projekte.

Er kann ab sofort im Internet heruntergeladen werden:

<ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/jb/jb04.pdf> oder kostenlos beim ZEW bestellt werden: Telefon 0621-1235-122, Fax 0621-1235-125, E-Mail vertrieb@zew.de

EXPERTENSEMINARE

- 20.4.2005 IAS/IFSR-Workshop
- 25.4.2005 Makroökonomie: Panelökonomie I
- 26.4.2005 Makroökonomie: Panelökonomie II
- 27./28.4.2005 Präsentationen professionell gestalten – Aufbau-seminar
- 28.4.2005 Verrechnungspreise – Aktuelle Problemfelder
- 28./29.4.2005: Liquiditätsrisiken in Kreditinstituten – Messung, Management und Controlling
- 10.5.2005 Statistische Eigenschaften von Finanzmarkt-Zeitreihen
- 30.5.2005 Modellierung von Zinsen und Aktienkursen I
- 8./9.6.2005 Kommunikationsstrategien für Führungskräfte
- 16.6.2005 Modellierung von Zinsen und Aktienkursen II
- 17.6.2005 Modellierung von Zinsen und Aktienkursen III
- 30.6.2005 IAS/IFSR-Workshop

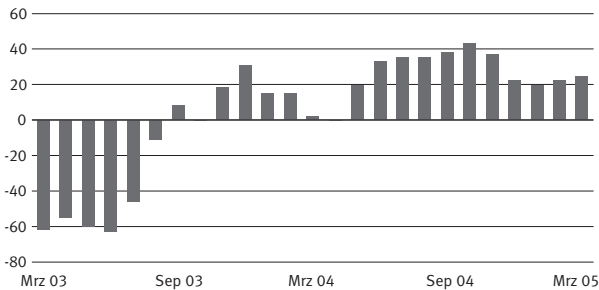
Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie im Internet unter www.zew.de
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Email pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

- No. 05-11, Johannes Rincke: Yardstick Competition and Policy Innovation.
- No. 05-12, Friedrich Heinemann: Planning or Propaganda? An Evaluation of Germany's Medium-term Budgetary Planning.
- No. 05-13, Christoph Rappe, Thomas Zwick: Workers into Managers – Developing Leadership Competence of Production Unit Managers.
- No. 05-14, Elisabeth Müller: How Does Owners' Exposure to Idiosyncratic Risk Influence the Capital Structure of Private Companies?
- No. 05-15, Nicole Gürtzgen: Rent-sharing: Does the Bargaining Regime Make a Difference? Theory and Empirical Evidence.
- No. 05-16, Johannes Rincke: Neighborhood Influence and Political Change: Evidence from US School Districts.
- No. 05-17, Andreas Ammermüller, Andrea Maria Weber: Educational Attainment and Returns to Education in Germany – An Analysis by Subject of Degree, Gender and Region.
- No. 05-18, Andreas Ammermüller: Poor Background or Low Returns? Why Immigrant Students in Germany Perform so Poorly in PISA.
- No. 05-19, Andreas Löschel, Dirk T.G. Rübelke: Impure Public Goods and Technological Interdependencies.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im März

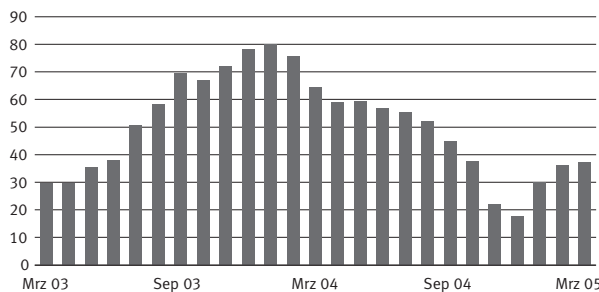


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Euroraum: Inflationssorgen steigen wieder

Der Anstieg des Ölpreises und anderer Rohstoffpreise im März hat die Inflationserwartungen der Experten etwas erhöht. Fast 25 Prozent von ihnen können sich vorstellen, dass die EZB auf Sicht der nächsten sechs Monate die Zinsen anhebt. Es bleibt jedoch für Deutschland zu hoffen, dass die EZB die Zinserhöhung noch ein wenig aufschiebt. Da die Konjunktur in Deutschland so schwach ist wie in kaum einem anderen Land des Euroraums, wäre eine frühe Zinserhöhung ein weiterer Belastungsfaktor für die zarte Konjunkturerholung.

Volker Kleff, kleff@zew.de



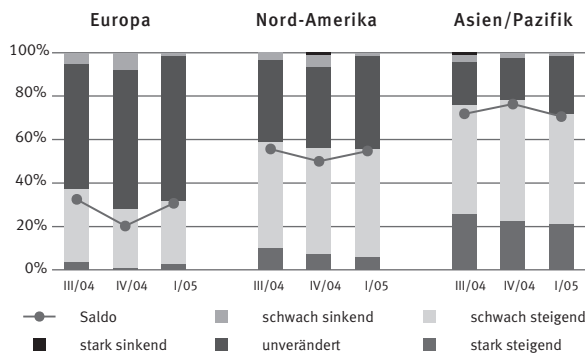
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Konjunkturoptimismus bleibt verhalten

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für den Euroraum steigen im März deutlich langsamer als im Vormonat. Nach 6,1 Punkten im Februar steigt der Saldo aus Optimisten und Pessimisten bezüglich der konjunkturellen Lage in sechs Monaten in diesem Monat nur um 1,3 auf 37,3 Punkte. Die Gründe liegen vor allem in dem deutlich erstarkten Euro-Wechselkurs und dem wieder gestiegenen Ölpreis. Während der höhere Eurokurs die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exportgüter schmälert, wirkt der Ölpreis inflationstreibend.

Volker Kleff, kleff@zew.de

Experten sehen Seefracht weiterhin als Wachstumsmarkt

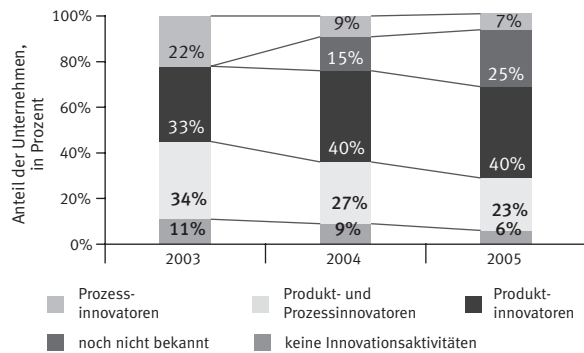


Quelle: ZEW

Die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ ZEW schätzen die Seefracht erneut als Wachstumsmarkt ein. Richtung Nordamerika und Asien/Pazifik rechnen 56 Prozent beziehungsweise 72 Prozent mit Mengensteigerungen und somit mit einem Anhalten des Wachstumstrends der vergangenen beiden Jahre. Innereuropäisch erwartet die Mehrheit wie in den vergangenen drei Quartalen ein unverändertes Transportaufkommen. Für Europa rechnen die Experten nicht mit einer Preisänderung, für Nordamerika und Asien/Pazifik mit Preissteigerungen.

Dr. Jörg Breitscheidel, breitscheidel@zew.de

Weniger Prozessinnovatoren in Medizin-, Mess-, Steuer-, Regelungstechnik und Optik



Quelle: ZEW (2005): Mannheimer Innovationspanel, Befragung 2004.

Insgesamt kann für 2004 mit einem Anstieg des Innovatorenanteils in der Medizin-, Mess-, Steuer-, Regelungstechnik und Optik gerechnet werden. Denn 76 Prozent der Unternehmen planten zum Befragungszeitpunkt (Frühjahr 2004) bereits fest mit Innovationsaktivitäten für 2004 und weitere 16 Prozent waren noch unentschlossen. Für 2005 ist die Anzahl der Unentschlossenen mit 25 Prozent allerdings deutlich größer. Der Anteil der Unternehmen mit Prozessinnovationen ist 2004 voraussichtlich gesunken und soll auch 2005 weiter zurückgehen.

Heide Löhlein, loehlein@zew.de

STANDPUNKT



Protektionismus

Wenn der Wettbewerb ungemütlich zu werden droht, feiert der Protektionismus trotz gegenteiliger Beteuerungen Urständ. Als Reaktion auf Beschwerden über einen angeblich unfairen

Wettbewerb auf dem hiesigen Markt für Bauleistungen beschloss der deutsche Bundestag im Jahre 1996 das „Arbeitnehmer-Entsendegesetz“. Demzufolge sind Bauunternehmen aus den anderen Staaten der Europäischen Union (EU) verpflichtet, ihren nur temporär nach Deutschland entsandten Beschäftigten die hierzulande herrschenden Löhne zu zahlen, sofern diese für allgemeinverbindlich erklärt wurden. Flugs erfolgte eine Allgemeinverbindlicherklärung von tariflichen Mindestlöhnen seitens des seinerzeitigen Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung.

Damals war es unsere Bauindustrie. Heute beklagen sich deutsche Schlachthofbetriebe, weil dort vor allem polnische Arbeitskräfte vorübergehende Dienstleistungen zu den niedrigen Löhnen ihres Heimatlands erbringen.

Allgemeinverbindliche Mindestlöhne (für polnische Fleischer) stellen einen Einfuhrzoll auf Arbeit dar. Um zu vermeiden, dass statt Arbeit nunmehr preiswertere (polnische) Fleischwaren importiert werden, müssten konsequenterweise entsprechende Einfuhrzölle innerhalb der EU erhoben werden. Aber wieso eigentlich nur für Fleischwaren und nur in der EU und nicht auch für alle Produkte innerhalb Deutschlands? Ist es denn nicht skandalös, dass ein nicht tarifgebundenes sächsisches Unternehmen, welches einen Auftrag in Bayern ausführt, sächsische Löhne und nicht die höheren bayerischen Tarifentgelte zahlen darf? Diesem „Lohndumping“ muss doch wohl Einhalt geboten werden, notfalls eben mit Zöllen! Im Ernst: Über kaum einen anderen Sachverhalt besteht in der Volkswirtschaftslehre so viel Einigkeit wie über die schädlichen Wirkungen von Mindestlöhnen. Dazu liegen hierzulande einschlägige Erfahrungen vor.

Erstens stiegen in den vergangenen Jahrzehnten die unteren Lohngruppen überproportional, die qualifikatorische Lohnstruktur wurde gestaucht. Nicht zuletzt deshalb sind gering qualifizierte Arbeitnehmer ungleich stärker von Arbeitsplatzverlusten betroffen. Zweitens stellten bis vor kurzem die Sozialhilfe und die Arbeitslosenhilfe einen impliziten Mindestlohn dar. Er führte dazu, dass arbeitsfähige Empfänger dieser Unterstützungszahlungen eine Arbeit im ersten Arbeitsmarkt, deren Entlohnung häufig geringer war, nicht aufnahmen, sondern eher in der Schattenwirtschaft tätig wurden. Mit der Einführung des Arbeitslosengelds II hat die Bundesregierung erste Schritte zur Behebung dieser Fehlentwicklung eingeleitet. Wieso jetzt wieder ein Mindestlohn?

Gewiss: In zahlreichen anderen Ländern existiert ein gesetzlicher Mindestlohn. Aber: Vielfach ersetzt er eine dort kaum vorhandene Mindesteinkommenssicherung. Außerdem bindet er häufig nur eine vergleichsweise kleine Anzahl von Unternehmen oder wird angesichts geringer Entdeckungswahrscheinlichkeiten oder wenig scharfer Sanktionen missachtet. Verschiedentlich verliert er seine faktische Bindungswirkung zudem dadurch, dass er in nominalen Geldeinheiten definiert ist und ohne Anpassung auf Grund von Preissteigerungen allmählich real entwertet wird oder Unternehmen ihn mit Hilfe erhöhter Leistungsvorgaben an ihre Belegschaft unterlaufen. Nur für sehr spezielle und eher seltene Märkte kann es vorkommen, dass ein Mindestlohn positive Beschäftigungseffekte erbringt. Im Allgemeinen belegen zahlreiche empirische Studien die beschäftigungsfeindlichen Wirkungen eines Mindestlohns, insbesondere für Jugendliche, wie Erfahrungen in Frankreich zeigen.

Wie man es auch dreht und wendet, Protektionismus löst keines der Probleme, sondern schafft lediglich neue.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2005